



Deutschlands Sitz im UN-Sicherheitsrat: Haltung zeigen

Daniela Braun, Steven Höfner

- › Deutschlands nichtständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat 2019/2020 ist eine wichtige Chance für die deutsche Außenpolitik mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Insbesondere dem steigenden Druck auf den Multilateralismus – eine der bedrohlichsten Entwicklungen unserer Zeit – sollte die deutsche Außenpolitik mit der proaktiven Erarbeitung von multilateralen Lösungsansätzen begegnen.
- › Die Agenda des Sicherheitsrates ist nur bedingt beeinflussbar. Größere Gestaltungsmöglichkeiten ergeben sich in den Monaten des Vorsitzes. In der Natur der Sache liegt auch, dass die Arbeit des Rates bestimmt wird durch aktuelle Krisenentwicklungen. Die deutsche Außenpolitik sollte sich darauf vorbereiten, schnell auf krisenhafte Entwicklungen zu reagieren und Position zu beziehen.
- › Eine besondere Herausforderung aus deutscher Sicht wird der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sein, welcher eine Schwächung der EU-Stimme zur Folge haben könnte. Auf der anderen Seite wird durch die America-First-Doktrin der USA das traditionell starke Bündnis der P3 (USA, Frankreich und Großbritannien) aufgeweicht. Deutschland kommt in dieser neuen Konstellation eine wichtige Bindefunktion zu.

Inhaltsverzeichnis

Hintergrund.....	2
Welchen Einfluss hat der Sicherheitsrat heute (überhaupt noch)?	2
Eine Chance für die deutsche Außenpolitik	3
Welchen Gestaltungsspielraum bietet der UN-Sicherheitsrat?.....	4
Welche Themen werden im UN-Sicherheitsrat gesetzt werden?.....	5
Empfehlungen.....	6
Impressum	8

Hintergrund

Deutschland wurde am 8. Juni 2018 mit 184 von 190 möglichen Stimmen in den UN-Sicherheitsrat gewählt. Somit hat die deutsche Außenpolitik seit dem 1. Januar 2019 die Chance, auf höchster Ebene des globalen Konfliktmanagements Einfluss zu nehmen. Bereits zum sechsten Mal wurde Deutschland von der Generalversammlung in den Sicherheitsrat als nichtständiges Mitglied gewählt.¹ Doch angesichts der Vielzahl der aktuellen Krisen und Konflikte in der Welt bei gleichzeitiger Schwächung des Multilateralismus, scheint die Mitgliedschaft Deutschlands im UN-Sicherheitsrat 2019/2020 zu einer besonders entscheidenden Zeit zu kommen.

Die Erwartungen an Deutschlands Rolle – als viertgrößter Beitragszahler – im mächtigsten Gremium der Vereinten Nationen sind hoch, was auch durch das sehr gute Abstimmungsergebnis deutlich wird. Insbesondere weil sich der bisherige Garant der multilateralen Ordnung, die USA, unter der Trump-Administration teilweise zurückziehen und sich nicht mehr in dem Maße für die regelbasierte liberale Weltordnung einsetzen, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall gewesen ist, schauen viele erwartungsvoll auf Deutschland. Zudem ist der Einfluss Berlins in der Welt in den letzten Jahren insbesondere durch die wirtschaftliche Stärke, die politische Stabilität und die starke Stellung in Europa gewachsen. Weiterhin erfüllt Deutschland in den Augen vieler eine wichtige Mittler- und Bindefunktion, da es sich einerseits in vergangenen Mitgliedschaften im UN-Sicherheitsrat eng mit den westlichen Partnern, den „P3“ (USA, Frankreich, Großbritannien), abgestimmt hat und gleichzeitig auch besondere Beziehungen, vor allem wirtschaftlicher Natur, zu Russland und China besitzt.

Allerdings werden mit Blick auf Deutschlands Zeit im UN-Sicherheitsrat 2019/2020 auch Erinnerungen an den März 2011 wach, als Deutschland zuletzt im Gremium vertreten war und sich bei der Abstimmung um Resolution 1973 zur Einrichtung einer Flugverbotszone in Libyen enthielt. Diese Entscheidung bescherte der deutschen Außenpolitik einen Glaubwürdigkeitsverlust in den Augen vieler Verbündeter und war die bisher mit Abstand politisch kontroverseste Entscheidung, die Deutschland im Sicherheitsrat getroffen hat.

Welchen Einfluss hat der Sicherheitsrat heute (überhaupt noch)?

*„United Nation was not created to take mankind to heaven, but to save humanity from hell“
– Dag Hammarskjöld*

Der Sicherheitsrat ist seit vielen Jahren Gegenstand von lautstarker Kritik. Insbesondere ist es die schwache Effektivität und Legitimität des Gremiums, die Kritiker immer wieder bemängeln. Nach dem Zweiten Weltkrieg errichtet, bildet der Sicherheitsrat mit seinen fünf ständigen

Deutschland zum
sechsten Mal im
Sicherheitsrat

Deutschland erfüllt
eine wichtige Mittler-
und Bindefunktion im
Sicherheitsrat.

privilegierten Mitgliedern (sog. P5), die ein Vetorecht innehaben, längst überkommene Strukturen ab. Durch die Blockade des Gremiums konnte der Rat die Eskalation zahlreicher gewalttätiger Konflikte, wie aktuell in Syrien, Jemen oder in der Ukraine, nicht verhindern bzw. scheint heute unfähig zu ihrer Befriedung beizutragen. So wurden 2017 so viele Vetos eingelegt wie seit 1988 nicht mehr (es waren insgesamt sechs und in den Vorjahren zwei bis drei), die insbesondere den Krieg in Syrien und den Einsatz von Chemiewaffen betrafen.

2017 so viele Vetos
wie seit 1988 nicht
mehr

Bei aller Kritik am Sicherheitsrat mit Blick auf das Unvermögen aktuelle Kriege zu verhindern oder diese zu befrieden, so ist er dennoch das Forum, in dem die Konfliktparteien angehört werden, Verstöße gegen das Völkerrecht besprochen, verurteilt und in zahlreichen Fällen auch sanktioniert oder gar mit militärischen Maßnahmen erwidert werden. Seit Ende des Kalten Krieges hat der Sicherheitsrat 54 *Peacekeeping*-Missionen entsandt. Auch wenn über den Erfolg von einzelnen Missionen gestritten werden kann, leisten sie insgesamt einen wichtigen Beitrag zur nachhaltigen Friedenssicherung weltweit. Zudem spielt der Rat eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der humanitären Situation in Konflikten und Kriegen. Auch mit Blick auf immense globale Herausforderungen wie Klimawandel, Migration und Epidemien sind die UN insgesamt unerlässlich. Dr. Christoph Heusgen, Ständiger Vertreter Deutschlands bei den Vereinten Nationen, erinnerte daran, dass die UN keine Wunder bewirken aber „(i)n einer unübersichtlichen Welt (...) ein bewährtes Forum (bleiben), um im gemeinsamen Dialog mit und zwischen den Mitgliedstaaten Lösungsansätze für drängende Fragen unserer Zeit zu entwickeln.“²

Eine Chance für die deutsche Außenpolitik

Die erneute Zeit im mächtigsten UN-Gremium ist eine wichtige Chance für die deutsche Außenpolitik, die Ankündigung mehr Verantwortung in der Welt zu übernehmen, unter Beweis zu stellen. Als Deutschland zuletzt im Rat vertreten war (2011/12), schien die Welt noch eine andere zu sein. Die regelbasierte multilaterale Weltordnung – die Grundlage für deutsche Prosperität und eng mit dem wachsenden internationalen Einfluss verbunden ist – steht zunehmend unter Druck. Der Aufstieg revisionistischer Mächte, zunehmende offene Verstöße gegen das Völkerrecht, für deren Ahndung sich keine Mehrheiten mehr finden, und antiliberalen Entwicklungen – oftmals in Form von populistischen Bewegungen – stellen die Befürworter der liberalen Ordnung vor enorme Herausforderungen. Gleichzeitig führt der eingeschlagene unilaterale Kurs der USA unter Präsident Donald Trump und die Aufkündigung von multilateralen Verträgen, wie dem Pariser Klimaabkommen oder dem Iran-Deal, zu großer Verunsicherung. Der jahrzehntelange Garant der multilateralen Weltordnung scheint sich nicht mehr in dem Maße für den Erhalt dieser Ordnung einzubringen, wie es seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall war. Der Generalsekretär der UN, António Guterres, fasst die aktuelle Situation mit Blick auf die Vielzahl der komplexen Herausforderungen bei gleichzeitig steigendem Druck auf den Multilateralismus präzise zusammen: „Multilateralism is under fire precisely when we need it most“.³

Regelbasierte multi-
laterale Weltordnung
zunehmend unter
Druck

Der Schwerpunkt der deutschen Mitgliedschaft im höchsten UN-Gremium wird auf den Erhalt und die Stärkung der multilateralen Ordnung liegen, die für die deutsche Außenpolitik überragender Fixpunkt ist. Für die Kanzlerin ist der Druck auf den Multilateralismus eine der bedrohlichsten Entwicklungen unserer Zeit, wie sie am 27. September 2018 in der Konrad-Adenauer-Stiftung sagte. Die Mitgliedschaft im Sicherheitsrat ist eine wichtige Chance, multilaterale Strukturen zu stärken, indem Berlin gemeinsam mit seinen Partnern proaktiv an der Gestaltung multilateraler Lösungen mitwirkt. Weiterhin hat Berlin angekündigt die Themen Krisenprävention, Friedenssicherung, Stabilisierung sowie Klima im Kontext von Sicherheit und Stabilität und universelle Geltung der Menschenrechte als Schwerpunkte zu behandeln.

Deutschland sollte
die Zeit im Sicher-
heitsrat nutzen um
multilaterale Struktu-
ren zu stärken.

Man sollte sich aber keinen Illusionen über die Gestaltungskraft Deutschlands im Sicherheitsrat hingeben. Denn diese ist durch anstehende Mandatsverlängerungen oder Übergaben von Berichten des Generalsekretärs in weiten Teilen bereits vorbestimmt. Auch sollte die deutsche Außenpolitik darauf vorbereitet sein, kurzfristig und schnell auf krisenhafte Entwicklungen im Rahmen des Sicherheitsrates zu reagieren und Position zu beziehen. Welchen Gestaltungsspielraum Deutschland im UN-Sicherheitsrat haben wird und welche Themen in den kommenden zwei Jahren gesetzt werden könnten, wird im Folgenden analysiert.

Deutschland sollte sich darauf vorbereiten schnell auf krisenhafte Entwicklungen zu reagieren und Position zu beziehen.

Welchen Gestaltungsspielraum bietet der UN-Sicherheitsrat?

Erwartungen und Ziele lassen sich nur erfüllen, wenn ein Gestaltungsspielraum zumindest Chancen zur Umsetzung und Erreichung ermöglicht. Der UN-Sicherheitsrat hat sich in der Vergangenheit selten als Ort visionärer Ambitionen präsentiert. Die häufigen Blockaden zwischen den westlichen Vetomächten und China bzw. Russland lassen nur wenig Spielraum für Veränderungen zu. Der deutsche UN-Botschafter Dr. Christoph Heusgen befindet sich seit dem 1. Januar 2019 in einem Raum begrenzter Möglichkeiten. Trotz aller Widrigkeiten bietet der UN-Sicherheitsrat dennoch auch die Chance, das eigene Profil zu schärfen. Der Sitz Deutschlands im UN-Sicherheitsrat sollte jedoch Bestandteil einer breiteren Strategie deutscher Außenpolitik sein. So gilt es, auch in den anderen Gremien der Vereinten Nationen sowie Formaten wie G7 oder G20 für seine Ziele einzustehen und Haltung zu zeigen.

UN-Sicherheitsrat bietet deutschen Außenpolitik die Chance das Profil zu schärfen.

Zu einer standhaften Haltung gehört es, für Dinge einzustehen, die nur schwer oder teilweise realisierbar sind. So könnte der Vorschlag von Frankreich, dass sich die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats zum Vetoverzicht bei der Bekämpfung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder Kriegsverbrechen verpflichten, von Deutschland aufgegriffen und unterstützt werden. Dies könnte sich wiederum eingliedern in eine verbesserte Zusammenarbeit des Sicherheitsrats mit der 2005 gegründeten Kommission für Friedenskonsolidierung (*Peacebuilding Commission*) sowie dem Menschenrechtsrat und seinen Mechanismen, um Prävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung im UN-System zu befördern und das vom Generalsekretär der Vereinten Nationen vorangetriebene Konzept des „Nachhaltigen Friedens“ (*„Sustaining Peace“*) zu unterstützen.

Verbesserung der Zusammenarbeit von Sicherheitsrat und Kommission für Friedenskonsolidierung und dem Menschenrechtsrat fördern.

Unabhängig von Deutschlands Sitz im UN-Sicherheitsrat, also auch innerhalb der UN-Generalversammlung, sollte sich die deutsche Delegation konstruktiv in die Diskussion über die Zukunft des *Peacekeeping* einbringen und UN-Generalsekretär António Guterres bei seinen Reformbestrebungen zur institutionellen Neuausrichtung im Bereich Frieden und Sicherheit unterstützen. So wird in der Generalversammlung die Weiterentwicklung und Stärkung des Konzeptes der Schutzverantwortung (*Responsibility to Protect*) sowie ihrer völkerrechtlich legitimierten Implementierung weiterhin auf der Agenda stehen.

Zur Lösung von Konfliktlagen könnte auch die Mitwirkung am informellen Arria-Format des UN-Sicherheitsrates dienen, bei denen nicht-staatlichen Akteuren wie NGOs oder auch Einzelpersonen Raum zur Berichterstattung gegeben wird. Deutschland sollte sich hier für eine stärkere Nutzung dieses transparenten Formats in komplexen Lagen stark machen. Im Zuge des Drucks auf den Multilateralismus und des Rückzugs von Geldgebern aus dem System, bietet der „*Grand Bargain*“ Ansatzpunkte für eine breitere Finanzierungsbasis und eine Weiterentwicklung der Qualität der humanitären Hilfe. Der „*Grand Bargain*“ wurde beim World Humanitarian Summit 2016 beschlossen, hat sich seitdem aber bisher nicht sehr effektiv gezeigt.

Deutschland sollte sich für eine stärkere Nutzung des informellen Arria-Formats einsetzen.

Die Reform des Sicherheitsrates wiederum ist ein Dauerbrenner, welcher von Deutschland von allerhöchster Seite betrieben und gefordert wird (unlängst von Bundesaußenminister

Heiko Maas).⁴ Deutschland engagiert sich daher in der Formation der G4-Gruppe (bestehend aus Deutschland, Brasilien, Indien und Japan), die sich wechselseitig für einen ständigen Sitz im Rat unterstützen. Dem Reformvorhaben kann jedoch nur geringe Erfolgsaussichten attestiert werden, ähnlich der Idee eines europäischen Sitzes. Von den Vetomächten zeigt Frankreich noch die meiste Flexibilität, obgleich ebenfalls ablehnend. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte daher einen EU-Sicherheitsrat vorgeschlagen, der beratend für die EU-Staaten im UN-Sicherheitsrat tätig sein soll. Darin sollen sich rotierend zehn EU-Mitgliedstaaten schnell mit den europäischen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat absprechen können.⁵ Unabhängig von einer Reform des UN-Sicherheitsrates oder der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene versprach der Bundesaußenminister, ein „Sprachrohr aller EU-Mitgliedstaaten“ zu sein.

Reform des Sicherheitsrates sehr unwahrscheinlich

Welche Themen werden im UN-Sicherheitsrat gesetzt werden?

Die Agenda des Sicherheitsrates wird vorbestimmt durch fällige Verlängerungen von Mandaten und Sanktionen sowie der Entgegennahme von Berichten des Generalsekretärs. Normativ lässt sich dadurch die Arbeit des Sicherheitsrates nur am Rande weiterführen. In der Natur der Sache liegt auch, dass die Arbeit des Rates bestimmt wird durch aktuelle Krisenentwicklungen. Vergangene Mitgliedschaften im Sicherheitsrat fielen zuletzt häufig mit dramatischen internationalen Krisensituationen zusammen – 1995/96 der Bosnien- und Kroatienkrieg und das Massaker von Srebrenica, 2003 der Irakkrieg und zuletzt 2011 die Entscheidung zur militärischen Intervention in Libyen. Es ist stark davon auszugehen, dass der Sicherheitsrat auch 2019 und 2020 auf überraschende krisenhafte Entwicklungen reagieren muss.

Agenda des Sicherheitsrates stark vorbestimmt

Vor allem die Neumitglieder des Sicherheitsrates werden jedoch versuchen, eigene Akzente zu setzen, die sie wiederum in ihre nationalen Politikarenen zurückspielen können:

- ▶ Belgien zeigte sich interessiert an dem Schutz von Zivilisten und Kindern in bewaffneten Konflikten. Geographisch wird das Land sich vermutlich in der Sahel-Zone engagieren.
- ▶ Die Dominikanische Republik hat verstärktes Interesse am Klimawandel und der Situation im Nachbarland Haiti. Das Land wird auch Impulse geben zur Situation in Kolumbien und Venezuela.
- ▶ Indonesien hat Prioritäten auf das Thema Terrorismus und Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus gesetzt.
- ▶ Südafrika wird sich auf die Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent konzentrieren und die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsrat der Afrikanischen Union vorantreiben.

Alle fünf Neumitglieder, inklusive Deutschland, stellen Polizei- und militärisches Personal für Friedensicherungseinsätze zur Verfügung und werden daher Interesse haben, sich bei den anstehenden Mandatserneuerungen konstruktiv einzubringen.

Wenig Bewegung wird im Syrienkonflikt und im Israel-Palästina-Konflikt zu erwarten sein aufgrund der Vetomächte Russland bzw. USA. Jedoch wird Syrien große finanzielle Unterstützung für den Wiederaufbau benötigen, welche Russland alleine nicht leisten kann, weshalb dies Türen für Verhandlungen öffnen könnte. In der Ukraine Krise sind keine Erfolge zu erwarten, jedoch müssen Bemühungen um eine UN-Präsenz im Donbas weiter beobachtet werden.

Eine besondere Herausforderung aus deutscher Sicht wird der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sein, welcher eine Schwächung der EU-Stimme zur

Folge haben könnte. Auf der anderen Seite wird durch die America-First-Doktrin der USA das traditionell starke Bündnis der westlichen Vetomächte aufgeweicht. Deutschland kommt in dieser neuen Konstellation eine wichtige Binfunktion zu. Für Debatten wird sicherlich auch das Konzept des „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ sorgen, der Konfliktursachen und -prävention stärker in die Domäne des Weltsicherheitsrates bringen möchte. Die Konfliktlinien verlaufen hier zwischen den westlichen Vetomächten und vielen gewählten Mitgliedern auf der einen Seite und China und Russland auf der anderen, die das Mandat des Sicherheitsrates eingrenzen möchten auf „harte Sicherheitsthemen.“

Der Nexus Klimawandel und Sicherheit, den Deutschland betonen möchte, würde unter diesen erweiterten Sicherheitsbegriff fallen. Die erste Debatte zum Thema Sicherheit und Klimawandel wurde von den Briten im Jahr 2007 angestoßen; Deutschland setzte das Thema 2011 wieder auf die Agenda des Sicherheitsrates und trug dazu bei, dieses Thema als legitimen Tagesordnungspunkt des Rates zu etablieren. Im Vorfeld seiner Mitgliedschaft 2019/20 initiierte Deutschland unter dem Co-Vorsitz von Nauru eine „Gruppe der Freunde zu Klima und Sicherheit“, die aus 27 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen besteht, von denen die meisten vom Klimawandel gefährdete Inseln und andere Entwicklungsländer sind. Dies unterstreicht, dass sich Deutschland verstärkt diesem Thema widmen dürfte. In dem Versuch, Klimarisiken im Rat zu thematisieren, wird Deutschland allerdings vor drei größeren Herausforderungen gestellt werden: Zum einen wird es Deutschland gelingen müssen, einen Mehrwert für alle Parteien zu kreieren und zwar sowohl den Vetomächten als auch den betroffenen Entwicklungsländern. Zweitens wird es notwendig sein, die ehrgeizigen Zielvorhaben mit den notwendigen Ressourcen auszustatten und drittens dürften keine falschen oder übertriebenen Erwartungen im Hinblick auf Fortschritte im Sicherheitsrat geweckt werden.

Empfehlungen

Im April 2019 und im Juni oder Juli 2020, wenn Deutschland jeweils den Vorsitz im Sicherheitsrat übernehmen wird, wird die deutsche Leistung besonders beobachtet. Vor allem in diesen Zeiträumen wird es nötig sein, eng mit den anderen Vorsitzenden des Sicherheitsrates zusammenzuarbeiten, um die Übergänge möglichst kongruent zu gestalten und dem deutschen Vorsitz somit auch einen Handlungsspielraum zu ermöglichen. So haben Frankreich und Deutschland bereits beschlossen, im März und April 2019 mit einer engen Partnerschaft ihre aufeinanderfolgenden Vorsitze zu verbinden.

Für die Rückkopplung der Debatten im UN-Sicherheitsrat in die deutsche Öffentlichkeit wird das Erwartungsmanagement generell von großer Bedeutung sein. Dies bedeutet zunächst anzuerkennen, dass nicht für alle Problemlagen sofortige Lösungen präsentiert werden können. Deutschlands erneute Teilnahme wird den UN-Sicherheitsrat nicht ändern oder nachhaltig beeinflussen. Dennoch wird der Sitz die deutsche Außenpolitik nachhaltig prägen. So wird die Bundesregierung Strategien, Lösungskonzepte und Meinungen zu einer Vielzahl an globalen Konfliktlagen präsentieren müssen. Die öffentliche Auseinandersetzung mit den vielschichtigen Themen – gerade auch unter der Fragestellung, wie viel Verantwortung Deutschland sicherheitspolitisch übernehmen soll – kann einen hilfreichen Impuls zu neuen Debatten in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik geben. Mithin können die kommenden zwei Jahre Deutschlands strategische Reife aufzeigen. Doch jegliche Handlungsfähigkeit erfordert auch politische Unterstützung. Die Debatten müssen daher in die breitere Öffentlichkeit getragen und dürfen nicht nur innerhalb der politischen Eliten ausgefochten werden. Die Beteiligung Deutschlands am UN-Sicherheitsrat sollte daher als Beitrag zu einer Debatte über die Wertigkeit multilateralen Handelns und der Verantwortung Deutschlands in der Welt verstanden werden.

Brexit als Herausforderung für die europäische Stimme im Sicherheitsrat

Der Nexus Klima und Sicherheit als ein Schwerpunktthema der deutschen Agenda im Sicherheitsrat

Bundesregierung wird Lösungskonzepte zu einer Vielzahl von globalen Konfliktlagen präsentieren müssen.

Einbeziehung der breiten Öffentlichkeit sinnvoll und notwendig

Doch die Arbeit im UN-Sicherheitsrat und auch deren Vorsitz wird anstelle von aktivem Agenda-Setting vielmehr durch kurzfristige Reaktionen auf krisenhafte Entwicklungen geprägt sein. Um in diesen Fragen nicht zwischen die Fronten der P5-Gruppe zu geraten, muss eine Strategie deutscher Außenpolitik über den Sitz im UN-Sicherheitsrat hinaus dargelegt werden. Dazu ist Haltung auch in undurchsichtigen und komplexen Lagen notwendig.

- 1 Die DDR wurde einmal gewählt.
- 2 Christoph Heusgen: Mehr globale Verantwortung. Deutschlands Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat, *Internationale Politik* 2, März-April 2018, S. 94-99, <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/article/mehr-globale-verantwortung> (zuletzt aufgerufen am 11.12.2018).
- 3 António Guterres: Address to the General Assembly, 25. September 2018, <https://www.un.org/sg/en/content/sg/speeches/2018-09-25/address-73rd-general-assembly> (zuletzt aufgerufen am 11.12.2018).
- 4 Auswärtiges Amt: Rede des Außenministers Heiko Maas vor der UN-Generalversammlung, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-generalversammlung-vn/2142296> (zuletzt abgerufen am 12.12.2018).
- 5 Olaf Wientzek und Christian E. Rieck: Brüssels neue Telefonnummer? – Wie ein Europäischer Sicherheitsrat die EU-Außenpolitik stärken könnte, *Analysen & Argumente*, 311 / August 2018, Konrad-Adenauer-Stiftung, https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=db3a1b78-7611-72fd-ae9-02d4dd5b34c7&groupId=252038 (zuletzt abgerufen am 12.12.2018).

Impressum

Die Autoren

Daniela Braun ist Referentin für Außen- und Sicherheitspolitik im Team Außen-, Sicherheits- und Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung. Außerdem ist sie Mitglied im Arbeitskreis Junge Außenpolitiker sowie im internationalen Promotionskolleg „Sicherheit und Entwicklung im 21. Jahrhundert“ der Stiftung.

Steven Höfner ist Referent für Europapolitik und Nordamerika im Team Europa / Nordamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Daniela Braun

Referentin Außen- und Sicherheitspolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3399
daniela.braun@kas.de

Steven Höfner

Referent Europapolitik / Nordamerika
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3657
steven.hoefner@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2019, Sankt Augustin/Berlin
Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Druck: copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin
Printed in Germany.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-508-6



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© Eduardo Munoz, Thomson Reuters Germany GmbH